

Zur Berichterstattung über Baumfällarbeiten zur Verlängerung der Linie 2 und zum Thema „Verlängerung der Linie 8“:

### Modern geht anders

Ich möchte die Bremer gerne daran erinnern, dass in Huchting mehr als 600 Bäume für ein unsinniges und unwirtschaftliches Straßenbahnprojekt hingerichtet worden sind. Wofür? Um ein Prestigeobjekt durchzuziehen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz verlangt für dieses Projekt den Nachweis der Dringlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Nichts davon können oder wollen die Bremer Politik und die Behörden belegen.

Mit der Linie 1 und 8 gibt es bereits eine Straßenbahnbindung bis Huchting. Die Nachweise sind nicht zu erbringen, weil auf den einigen Abschnitten, auf denen zukünftig die Straßenbahnen der Linien 1 und 8 fahren sollen, seit Jahren Buslinien eingesetzt sind. Die Vorhabenträger tauschen lediglich Busse gegen Straßenbahnen aus. Dafür werden mal eben über 103 Millionen Euro verbrannt.

Was bleibt: starre Linienführung, Verkehrsbehinderung durch Querung stark befahrener Straßen, relativ geringe Auslastung der Straßenbahn selbst bei optimistischer Prognose und Lärmschutz nur so viel wie nötig et cetera ... Modern geht anders: flexible, anpassungsfähige, bedarfsgerechte Busse mit Wasserstoff oder Batterieantrieb, die allen Ortsteilen der Stadtteile zugutekommen. Übrigens spricht man in Huchting von Kompensationsmaßnahmen, wobei die Bewohner des Stadtteils, auf Initiative des Beirats, die Möglichkeit haben, auf ihrem Grundstück einen Baum zu pflanzen. Was für eine Ironie.

MARTIN DANNE, BREMEN

### Augenwischerei

Die Verkehrswende soll den Verkehr auf den Straßen verringern, aber die Investitionen in den Bau von neuen Strecken in sehr gut vernetzten ÖPNV-Bereichen sind Augenwischerei! Indem man einigen Bürgern mit der Querspange Ost das Erreichen ihrer Ziele ohne Umsteigen ermöglicht, aber gleichzeitig einem ganzen Stadtteil das Umsteigen aufdrückt, wird kein Anreiz zum Umsteigen vom Auto geschaffen, da die Strecke nicht die „Premiumroute“ für Autofahrer ist.

Gewerbegebiete, neue Mischquartiere in Sebaldsbrück und viele Zubringerbusse aus Osterholz haben nur die Linie 10. Auch in Huchting sollen Haltestellen der jetzigen Ringbusse von der Linie 1 nicht mehr bedient werden, Mittelstrecke wird abgekoppelt, und Besorgungen im Ortsteil werden umständlicher. Anstatt die Vahr und Hemelingen besser miteinander zu verbinden, wie die Senatorin das sagte, und den Pendlern an der Linie 1 eine First-Class-Verbindung in die City zu bieten, sollten in Ortsteilen, in denen man mehr als zehn Minuten zur ÖPNV-Haltestelle gehen muss, zumindest Zubringer oder kleine Ringbusse angeboten werden. Es bringt rein gar nichts, Taktungen und Abstände zwischen den Haltestellen zu verkürzen, um es denen, die an einer Strecke leben, noch einfacher zu machen.

Man sollte ganz neue Routen, bessere Querverbindungen, einrichten, damit zum Beispiel Berufstätige auf direktem Weg und damit schneller zum Ziel kommen. Angebote steigern dann die Nachfrage.

INGRID KOCH, BREMEN

### Hastedter Wüste

Stur wird an alten Plänen festgehalten, und erst mal werden Bäume entfernt. Bäume, die im innerstädtischen Bereich und erst recht in Gewerbegebieten unersetzlich sind. Bereits der Anblick der ersten gefällten Eiche hätte bei einer wirklichen Politikerin mit grüner Gesinnung, wie ich sie mir erträumte, einen Denkprozess anregen müssen, der schon längst fällig ist. Geht es vielleicht auch anders? Eine Fahrspur weniger für die Autos, Bereiche, in denen die Bahnen auf einer doppelten Schiene fahren? Warum sollen Busse eigentlich unbequemer sein? Warum fahren die nicht auch mit Strom?

Keinerlei Einschränkungen des Straßenraumes für den Individualverkehr. Lobbyismus eben, der Verband der Automobilindustrie lässt grüßen. Die Senatorin wirkt überfordert in einer sozialdemokratisch sozialisierten Behördenstruktur. Es scheint allen völlig egal zu sein, dass ein ganzer Stadtteil einen gravierenden Einschnitt in die Lebensqualität erfährt. Gerne wird die theoretische Einsparung an CO<sub>2</sub> erwähnt, vermutlich anhand von Berechnungen aus der Anfangszeit der Planung. Diese sind ebenso zu korrigieren wie die Fahrgastzahlen. Alles in allem ein Armutszeugnis grüner Politik im Einzelnen und Bremer Lokalpolitik im Gesamten. Hastedt hat sich verwandelt: in eine Wüste. Schade.

ROMAN KOHL, BREMEN

### Nicht mehr viel Zeit

Bremen verzeichnet etwa 1400 Kilometer Straße. Ändern wir das Ortsgesetz so, dass jede 100 Meter ein Baum stehen muss. Dann könnten wir heute mindestens 2800 Bäume pflanzen. Dann geben wir einfach unseren heiligen Parkplatz und die Zweispurigkeit

MICHAEL BREIDBACH, BREMEN



Für den Erhalt von Bäumen, die etwa für die Erweiterung von Straßenbahnlinien gefällt werden sollen, setzen sich Bremerinnen und Bremer ein.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

auf, um das 1,5-Grad-Ziel durch Reduktion des Straßenverkehrs und Ausbau des Fernwärmenetzes zu erreichen. Und wir steigen in die Straßenbahn, um ins Konzert und zur Arbeit zu fahren. Außerdem muss die Industrie verpflichtend Fotovoltaik ausbauen, wie private Haushalte die Heizung und Dämmung erweitern müssen.

Bremen soll klimaneutral werden. Das ist auch ein Ziel der Politik von Senatorin Schaefer. Wer würde sich dafür einsetzen, die Klimakrise noch abzuwenden? Ich ja, denn wir haben nicht mehr viel Zeit. Von den anderen höre ich gar nichts in Bezug auf das 1,5-Grad-Ziel. Ruhen sich alle bis zu den Wahlen aus und warten darauf, dass sich die Grünen die Finger verbrennen? Grüne scheinen im Moment für alles in dieser Stadt verantwortlich zu sein, und die, die unangenehme Entscheidungen fürs Klima zurzeit alleine treffen.

JENS RADKE, BREMEN

Unter anderem zum Artikel „Kritik an Deutschland wird lauter“ vom 29. Januar:

### Krieg beginnt im Kopf

Krieg beginnt nicht mit dem Waffengang, Krieg beginnt im Kopf. Man muss das Volk auf einen Krieg vorbereiten. Und daher bin ich einigermaßen erschrocken, wie so manche Diskussion über den Ukraine-Russland-Konflikt in den Medien geführt wird. Das ist aus meiner Sicht Kriegstreiberei. Unsere Regierung, die auf Deeskalation und Diplomatie setzt, wird als unentschlossen, ja in manchen Kommentaren sogar als feige diffamiert. In solchen Beiträgen wird suggeriert, wir sollten den USA oder Großbritannien folgen, die zur Lösung des Konfliktes mehr Soldaten in Osteuropa stationieren wollen. Obwohl jeder weiß, dass Boris Johnson liebend gern mit dem Säbel rasselt. Schließlich hat der Falklandkrieg sogar Maggie Thatcher die Macht gerettet. Solch eine Lösung könnte ja auch in seinem Fall helfen, bevor er wegen seines skandalösen Verhaltens abgesetzt wird. Und wie erfolgreich die „Weltretter“ aus den USA sind, wenn sie den Völkern der Welt die Freiheit bringen wollen, zeigen Beispiele wie der Irak. Nachdem Saddam Hussein beseitigt war, wurde der IS geboren. Auch in Afghanistan, wo die USA die Mudjaheddin mit Waffen gegen die Rote Armee ausgerüstet haben, ist nichts entstanden, was auch nur annähernd unseren Wertvorstellungen entspricht. Leider ist auch der zweite Versuch gescheitert.

Hoffen wir, dass unsere Regierung hart bleibt und sich nicht an der Verschärfung dieses Konfliktes beteiligt.

### Wie alles begann

Erinnert sich noch jemand an den Anfang? Es war einmal eine lokale Krise, die in einen regionalen innerukrainischen Krieg mündete. Grob gesagt: Westukraine gegen die Donbass Region. Die eigentlichen Ursachen stehen kaum noch zur Diskussion. Durch den Einfluss der Großmächte sind diese in den Hintergrund getreten. Nun versuchen West und Ost ihre ordnungspolitischen und Macht-Probleme auf dem Rücken der Ukraine zu lösen.

Waren Nord Stream 2, Nato-Osterweiterung ein Problem zwischen Westukraine und Donbass? Nein, dies sind Probleme zwischen Russland und den Westmächten, insbesondere der USA und der NATO. Beide ukrainischen Kriegsparteien erhalten Waffen von ihren jeweiligen Unterstützern. Der Rubel beziehungsweise Dollar rollt.

Weder von westlicher noch von russischer Seite ist bekannt, dass sie sonst offiziell am internen Krieg teilnehmen. Wofür werden die Waffen also benötigt? Um den internen Krieg am Kochen zu halten, die Situation zu verschärfen oder zu verlängern, bis die Großmächte ihre Probleme geklärt haben? Wäre es nicht besser, die direkten Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, um ihre internen Probleme zu klären? Das Säbelschlachten der restlichen Welt wäre überflüssig. Ein Traum!

KLAUS BAIER, BREMEN

### Wessen Kaviar ich esse

Wenn Altkanzler Gerhard Schröder der Ukraine Säbelschlachten vorwirft, fällt mir dazu nur die Abwandlung eines alten deutschen Sprichworts ein: Wes Kaviar ich esse, des Lied ich sing. Es ist schamloseste Prostitution, was er da treibt. Kanzler Olaf Scholz und die SPD-Führung täten gut daran, sich laut,

deutlich und eindeutig von diesem dummen und peinlichen Geschwätz ihres Genossen zu distanzieren.

ERNST GÜNTHER WEBER, BREMEN

### Regelrechte Kriegseuphorie

Man kann nur zufrieden sein, dass die SPD bei ihrer klaren Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine bleibt. Auch die Aussage von Ex-Kanzler Schröder über hysterische Äußerungen sowohl aus der Ukraine als auch aus osteuropäischen Staaten ist meiner Meinung nach richtig. Man hat den Eindruck, dass zunehmend eine regelrechte Kriegseuphorie an den Tag gelegt wird, um von inneren Problemen, sowohl in den USA als auch in der Ukraine, abzulenken. Auch ein Herr Gabriel vertritt als Vorsitzender der Atlantikbrücke Interessen – welche wohl? Ganz zu schweigen von der Objektivität amerikanischer Geheimdienste, siehe Irak-Krieg.

DETLEF GOLZ, BREMEN-BLUMENTHAL

### Menschenrecht auf Leben

Im Ukraine-Konflikt darf es nicht um eine „deutlichere Positionierung gegen Russland“ gehen, sondern um verbindliche Sicherheitsgarantien in dieser Krisenregion. Manöver und Sanktionen verschärfen die Situation und verunmöglichen die dringend erforderlichen vertrauensbildenden Maßnahmen. Die beiderseitigen Sicherheitsinteressen von Russland und der Ukraine sind in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen. Es geht darum, sich gegenseitig wahrzunehmen, zu akzeptieren und daraus Schritte in eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln.

Leicht gesagt und schwer getan? Wie viel Geld und Fantasie stecken wir in die Waffenentwicklung? Wenn uns die Menschenrechte wirklich eine Richtschnur sind (siehe Arti-

kel 3: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben“), dann spornen sie uns an. Deutlichere Schritte im Rahmen des Minsker Verständigungsprozesses sind dann viel wichtiger als Drohgebärden und Waffenlieferungen.

FRIEDRICH SCHERRER, BREMEN

Unter anderem zum Standpunkt „Unnötiger Etikettenschwindel“ vom 3. Februar:

### Wir zahlen dafür

Ich frage mich, wie es möglich ist, dass Politiker immer wieder die Behauptung verbreiten können, dass Atomstrom umweltfreundlich oder preiswert sein soll. Jetzt kommt noch die Behauptung „klimafreundlich“ dazu. Grundlegend ist für uns Verbraucher alles günstig und preiswert, wenn andere die Kosten tragen.

Die Atomenergie wurde subventioniert wie kaum ein anderes Vorhaben, und das wird sich in den nächsten 10.000 Jahren auch nicht ändern. Wer das bezahlt, ist offensichtlich: die nächsten Generationen und wir, die jetzigen Steuerzahler. Klimafreundlich und CO<sub>2</sub>-neutral ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit, der Bau der Kraftwerke und die Herstellung von Brennelementen sowie deren Endlagerung sind bei der Aussage nicht berücksichtigt, aber erhebliche Aspekte. Wobei es in Europa erst ein Endlager gibt, in Deutschland haben wir noch nicht einmal eines in Planung.

Wenn überhaupt, könnte es sinnvoll sein, die neuesten Kraftwerke noch einige Jahre in Betrieb zu lassen, um die Umstellung auf eine umweltverträgliche Energie zu begleiten. Das Vorhaben der EU, Atomenergie als „grüne Energie“ einzustufen, sollte auf keinen Fall hingenommen werden, weil es nicht den Tatsachen entspricht. Geld sollte auf keinen Fall in Industrien fließen, die nicht klimafreundlich sind. Wenn eine Nation auf Atomstrom setzt, muss sie auch die Kosten und Risiken tragen und darf diese nicht auf andere Nationen abwälzen. Wobei das mit den Risiken leider nicht ganz so einfach ist.

HELMUT THEYSEN, BREMEN

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

REDAKTION LESERMEINUNG  
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Lesermeinung • 28189 Bremen  
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Russische und belarussische Truppen bei einem gemeinsamen Kampftraining auf einem Schießplatz in Belarus. In Briefen an die Redaktion wird überwiegend für eine friedliche Lösung des Konfliktes plädiert.

FOTO: RUSSIAN DEFENSE MINISTRY PRESS SERVICE/AP/DPA

